

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 9

Ersteinst. Sonntag. Einzelpreis vierteljährlich 1,50 M., ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Bestellung bei allen Postanstalten. Geschäftsstelle Berlin S. 59, Uferstr. 63 I. Fernruf: Morispl. 6633.

Berlin, den 27. Februar 1921

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kolonietzeile 3 Mark; für Verbandemitglieder 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Verfallungsanzeigen usw. 1 Mark. * * Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten * *

37. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Neue Gaueinteilung des Verbandes. Infolge der politischen Veränderungen und zur Verbesserung der an einigen Stellen nicht mehr zweckmäßig erscheinenden bisherigen Gaueinteilung haben wir nach Verständigung mit den Gauvorständen und unter möglichster Berücksichtigung der von ihnen vorgelegten Anträge auf Grund des Paragraphen 53 des Statuts eine Neueinteilung des Verbandes in Gaue vorgenommen, die wir nachstehend bekanntgeben.

Gaueinteilung.

1. Gau Nordosten.

Stadtkreis Berlin, Preussische Regierungsbezirke Königsberg, Gumbinnen, Allenstein, Marienwerder, Köslin, Stettin, Stralsund, Frankfurt an der Oder und Freistaat Danzig.

Gauvorort: Stettin.

Berlin	Köslin
Bernau	Kottbus
Danzig	Neudamm
Frankfurt a. O.	Spremberg
Cuben	Tilsit
Königsberg i. Pr.	

2. Gau Schlesien.

Preussische Regierungsbezirke Breslau, Oppeln und Liegnitz.

Gauvorort: Breslau.

Brieg	Hirschberg
Bunzlau	Lauban
Glogau	Liegnitz
Görlitz	Striegau
Goldberg	

3. Gau Sana.

Freistaaten Hamburg, Bremen, Lübeck, Mecklenburg, Oldenburg und preussische Regierungsbezirke Aurich, Schleswig, Stade und Lüneburg.

Gauvorort: Hamburg-Altona.

Bremen	Hofstede
Flensburg	Rüstringen - Wilhelmshafen
Kiel	Schwerin i. M.
Lübeck	Wismar
Oldenburg i. O.	

4. Gau Magdeburg.

Preussische Regierungsbezirke Potsdam, Magdeburg, Merseburg, nördlicher Teil und Freistaat Anhalt.

Gauvorort: Magdeburg.

Niederleben	Neuruppin
Bernburg	Osternied
Brandenburg	Potsdam-Nowawes
Tessau	Radzenow
Salzstadt	Torgau
Waldenwalde	Wittenberg

5. Gau Hannover.

Preussische Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Osnabrück, Minden, Kassel, nördlicher Teil und Freistaaten Braunschweig, Waldeck und Lippe.

Gauvorort: Hannover.

Wiefelshausen	Hildesheim
Braunschweig	Kassel
Münde i. W.	Minden i. W.
Detmold	Osnabrück
Göttingen	Wanfried

6. Gau Rheinland-Westfalen.

Preussische Regierungsbezirke Münster, Arnberg, Düsseldorf rechts des Rheins und Köln rechts des Rheins.

Gauvorort: Barmen-Elberfeld.

Dochum	Hferlohn
Dortmund	Lüdenscheid
Dülmen	Mülheim-Ruhr
Düsseldorf	Münster
Duisburg-Ruhrort	Reheim
Essen	Ohligsk
Gelsenkirchen	Renscheid
Gummersbach-Münster	Solingen-Wald
roth	Wesel
Sagen i. W.	

7. Gau Rheinland links des Rheins.

Preussische Regierungsbezirke Düsseldorf links des Rheins, Köln links des Rheins, Aachen, Koblenz und Trier.

Gauvorort: Köln.

Aachen	M.-Gladbach
Bonn	Neuwied
Türen	Trier
Koblenz	Wierzen
Streisfeld	Wiesdorf

8. Gau Hessen und Pfalz.

Freistaat Hessen, Bayerische Rheinpfalz, badischer Landesbezirk Mannheim, preussische Regierungsbezirke Wiesbaden, Kassel, südlicher Teil und Saargebiet.

Gauvorort: Frankfurt a. M.-Offenbach.

Darmstadt	Limburg a. d. L.
Eberstadt	Mainz
Fulda	Mannheim-Ludwigs-
Gießen-Wehlar	hafen
Grünstadt	Marburg
Hanau	Neustadt a. d. O.
Heidelberg	Pirmasens
Kaiserslautern	Saarbrücken
Kandel	Saarlouis
Kirchheimbolanden	Wiesbaden

9. Gau Thüringen.

Freistaat Thüringen und preussische Regierungsbezirke Erfurt und Merseburg, südlicher Teil.

Gauvorort: Erfurt.

Allenburg	Langensalza
Arnstadt	Mühlhausen i. Th.
Eisenach	Nordhausen i. Th.
Eisenberg	Noda i. Th.
Gehren	Rudolstadt
Sera	Ruhla
Göhring	Saalfeld
Gotha	Schleiz
Gräfenhain	Schmallalden
Greiz	Schmölln
Kalle a. d. S.	Sonneberg
Hmenau	Weimar
Jena	Weisensfeld
Koburg	Zeitz

10. Gau Sachsen.

Freistaat Sachsen.

Gauvorort: Chemnitz.

Annaberg-Buchholz	Grimmitschau
Aue i. Erzgeb.	Dresden
Burgstädt	Ebersbach-Neugersdorf

Freiberg i. S.

Glauchau
Grimma
Gunnichen
Leipzig
Limbach
Meißen
Rexhau
Oberwiesenthal

Flauen i. Vogtl.

Raschau
Sebnitz i. S.
Seiffenmorsdorf
Werdau
Wurzen
Zittau
Zwickau

11. Gau Württemberg und Baden.

Freistaat Württemberg und badische Landesbezirke Karlsruhe, Freiburg und Konstanz.

Gauvorort: Stuttgart.

Bruchsal	Konstanz
Freiburg i. W.	Lahr i. W.
Göppingen	Fürzheim
Heilbronn	Neulingen
Karlsruhe	Trossingen
Kirchheim-Teck	Ulm a. D.

12. Gau Nordbayern.

Bayerische Regierungsbezirke Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken.

Gauvorort: Nürnberg-Fürth.

Bahreuth	Schweinfurt
Embskirchen	Straubing
Erlangen	Würzburg
Regensburg	

13. Gau Südbayern.

Bayerische Regierungsbezirke Niederbayern, Oberbayern und Schwaben.

Gauvorort: München.

Augsburg	Kaufbeuren
----------	------------

Einige von ihren Stammbezirken abgesplitterte Kreise und wohl nur einstweilen noch selbständige Bezirke, wie z. B. den Kreis Wehlar vom preussischen Regierungsbezirk Koblenz und den Regierungsbezirk Hohenzollern, haben wir in der Gaueinteilung nicht mehr besonders benannt. Sie gehören selbstverständlich zu den sie örtlich umfassenden Gaue.

Dort, wo bei der Verteilung einzelner Regierungsbezirke auf mehrere Gaue, wie z. B. bei den preussischen Regierungsbezirken Kassel und Merseburg, eine bestimmte Grenze der Gaue nicht gezogen ist, wird diese angedeutet durch die Zuteilung der Zahlstellen zu den beteiligten Gaue. Genauere Abgrenzung der Agitationsbezirke, die nach Zweckmäßigkeitsgründen zu erfolgen hat, bleibt den beteiligten Gauleitern überlassen.

In einigen Fällen sind auch durch die vorgenommene Einteilung an den Grenzen der Gaue liegende Zahlstellen den Nachbargauen zugeteilt, wie z. B. Bernau im preussischen Regierungsbezirk Potsdam, Neuwied im Rheinland und Straubing im bayerischen Regierungsbezirk Niederbayern, um sie für die Gauleiter leichter erreichbar zu machen. In ähnlicher Weise können auch noch weitere Grenzbezirke der Gaue nach Verständigung mit uns anderen Nachbargauen angegliedert werden, wenn dadurch die Werbearbeit erleichtert werden kann und zweckmäßiger abgerundete Gaue gebildet werden können.

Die neue Gaueinteilung ist teilweise bereits in Kraft getreten, sie kann bei passender Gelegenheit nunmehr auch an anderen Stellen durchzuführen werden, im übrigen tritt sie aber vom 1. April 1921 ab allgemein in Kraft.

Der Verbandsvorstand.

Die Gewerkschaftszersörer in den graphischen Organisationen an der Arbeit.

In Nürnberger und Fürther Betrieben des graphischen Gewerbes zirkuliert unter den kommunistischen Angehörigen des Berufes nachstehendes Rundschreiben:

Reichsgewerkschaftszentrale
der B.K.P.D.

Industriegruppe Graphisches Gewerbe.

Berlin, 11. 1. 1921.

An die
Kommunistischen Fraktionen in den
graphischen Gewerkschaften.
Werte Genossen!

Die Reichszentrale für die Propaganda des graphischen Industrieverbandes hat sich unter Ausschaltung der U.S.P.-Kollegen und mit Hinzuziehung der zeitweise ferngebliebenen Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe neu konstituiert als Zentrale der kommunistischen Fraktionen in den graphischen Gewerkschaften. Sie besteht je aus 2 Vertretern der vier Fachverbände (Buchdrucker, Buchbinder, Hilfsarbeiter, Steindrucker u. verw. Berufe).

Eine Konferenz wird erst nach erfolgtem Aufbau von Bezirkszentralen, welche die Wahlkörper für die Konferenz bilden können, möglich sein. In erster Linie ist sie jedoch abhängig von den verfügbaren Geldmitteln. Die prokuristische Zentrale rechnet bis zu diesem Zeitpunkt auf das Vertrauen der Genossen im Reich. Sie glaubt dies um so eher zu können, als grundsätzliche Bedenken bisher noch nicht erhoben sind gegen ihre Tätigkeit seit 1920, wo ihre Zusammensetzung im wesentlichen dieselbe war wie heute. Sie wird die bisher mit unzulänglichen Mitteln ohne die organisatorische Unterstützung der Partei oft sehr unpünktlich verrichtete Arbeit jetzt mit Hilfe der Partei und nach den von ihr anerkannten Grundrissen systematischer und besser ausführen können.

Für den ersten Aufbau ist folgendes zu beachten:

1. Eine der im Augenblick wichtigsten Fragen unserer Gewerkschaftsarbeit ist die Stellung zur U.S.P., deren Opposition sich vielfach bei uns noch nicht so augenfällig als inhaltlos und fadenscheinig erwiesen hat, wie in den meisten anderen Gewerkschaften. Wir dürfen von den U.S.P.-Leuten innerhalb der bisherigen sogenannten „Opposition“ keine Trennung vornehmen wegen theoretischer Differenzen, wie in der Frage der 3. Internationale. Wir müssen mit den ehelichen U.S.P.-Oppositionellen zusammenarbeiten, solange es sich mit unseren Grundrissen verträgt. Die Trennung darf nur erfolgen, wenn wir die Unabhängigen infolge offenen Verrats oder grober Fehler bei der praktischen Arbeit in den Gewerkschaften vor den breiten Massen der Mitglieder bloßstellen können und müssen. Wodurch noch eine unkomprimierte „Gesamtopposition“ besteht, müssen sich unsere Genossen weiter daran beteiligen unter Wahrung unserer Grundrissen und unserer Handlungsfreiheit. Sollte in einem solchen Falle die Leitung in Händen der U.S.P. liegen und dieselbe noch mit einem „Graphischen Block“ in Verbindung stehen, so ändere man an diesem Zustand vorläufig nichts. Die B.K.P.-Genossen müssen in diesem Falle selbstverständlich gesondert mit uns in Verbindung treten, unter Umständen ohne Wissen der U.S.P.-Kollegen.
2. Die Fraktionen müssen innerhalb der Berufsverbände gesondert zusammengefaßt werden.

Die örtliche Organisation ist also folgende:

Die örtlichen Fraktionen in jedem der vier Verbände wählen je einen Aktionsausschuß. Die Obleute der vier Aktionsausschüsse treten zu einem örtlichen Propaganda-Ausschuß für den graphischen Industrieverband zusammen. Die Adressen der Obleute der

einzelnen Fraktionen sowie des Gesamtpropagandaausschusses sind uns sofort zu melden.

Die Bezirkszentrale für die Propaganda des G.B.V. wird durch die zugehörigen Ortsausschüsse auf der Grundlage der Gaueninteilung der einzelnen graphischen Verbände gebildet. Wo diese Gaueninteilung nicht in allen Verbänden übereinstimmt, muß eine Verständigung an Ort und Stelle erfolgen. Die Bezirkszentrale muß zu gleichen Teilen von allen vier Verbänden besetzt werden. Die Vertretung der einzelnen Verbände bilden die Bezirkszentrale für ihren Berufsverband und haben die spezielle Arbeit innerhalb derselben zu leiten.

Die Adressen der Obleute der Bezirkszentralen für das gesamte graphische Gewerbe sowohl wie für die vier Berufsverbände sind uns sofort zu melden. (Auf die Herstellung der Verbindung mit den Steindruckern und verw. Berufe ist besonders zu achten, da diese bisher ganz fehlten.)

3. Die zur Finanzierung unserer Bewegung und zur Schaffung eines Betriebsfonds für den „Graph. Block“ vom Genossen Herzog eingeleitete Sammlung ist fortzusetzen. 25 Proz. des Ertrages fallen dabei den örtlichen Kassen zu.
 4. Der „Block“ erscheint im Einvernehmen mit der gewerkschaftlichen Zentrale weiter, und zwar monatlich. Der geringe Ertrag der Sammlung ermöglichte bisher noch nicht das beabsichtigte halbmonatliche Erscheinen. Bei reger Agitation für das Blatt wird es bald möglich sein, einen Uberschuß aus dem Betrieb desselben zu erzielen. Der Preis wird von Fall zu Fall für die örtlichen Vertreter so festgesetzt, daß ihre Unkosten ersetzt werden. Die Mitarbeit durch kurze, das Wesentliche klar wiedergebende Berichte über unser Auftreten in den örtlichen Organisationen ließ bisher zu wünschen übrig. Jeder Bericht ist für uns nötig zur Beurteilung der gesamten Situation, wenn auch infolge Raummangels nicht immer alles veröffentlicht werden kann.
 5. Im Buchdruckgewerbe sind überall Anträge auf Kündigung der Leuerungszulagen zu stellen zu dem frühesten Termin, der nach den tariflichen Vereinbarungen möglich ist.
 6. Die letzten Jahresberichte der einzelnen Gauenleitungen der vier Verbände bitten wir uns sofort übermitteln zu wollen. (Durch die Fraktion am Orte der Gauenleitung.)
 7. Mit der Schriftleitung und dem Verlage des „Graph. Blocks“ sind nur diesen Stellen obliegende Angelegenheiten zu erledigen. Alle übrige Korrespondenz lasse man über die Adresse der gewerkschaftlichen Zentrale gelangen: Reichsgewerkschaftszentrale der B.K.P.D. Berlin, Rosenthaler Straße 38.
- Die Beibehaltung der Bezeichnung „Propaganda-Ausschuß für den graph. Industrieverband“ bedeutet nicht etwa die Beschränkung auf die Propaganda des Industrieverbandes. Vielmehr erfolgt unsere Arbeit im Sinne der gewerkschaftlichen Richtlinien der B.K.P.D.
- Baldige Rückäußerung erwartend, zeichnet mit kommunistischem Gruß
Reichszentrale für die Propaganda des graph. Industrieverbandes.
- Dem Rundschreiben hat der Neukommunist Habermeyer folgenden Brief mit auf den Weg gegeben:

Nürnberg, 19. Januar 1921.

Werte Genossen!

In einem anderen Schreiben sind Sie bereits darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Beschluß des Partei- bzw. Bezirksparteitages in allen Betrieben, Gewerkschaften und Betriebsräte-Organisationen unsere Genossen zu Fraktionen zusammengefaßt werden müssen. Mit Rücksicht auf den Ernst der Lage hat dies ohne Zögern zu erfolgen.

In der Anlage finden Sie ein Rundschreiben, das Sie sofort an die Genossen in den vier graphi-

schen Gewerkschaften (Buchdrucker, Buchbinder, graphische Hilfsarbeiter, Steindrucker und verw. Berufe) weitergeben wollen.

Mit kommunistischem Gruß

Die Bezirksleitung.

geg.: J. A.: Habermeyer.

Wie die Zersöhrungsarbeit in den Gewerkschaften vor sich gehen soll, darüber gibt ein weiteres Rundschreiben der Reichszentrale der B.K.P.D. folgende Anweisung:

An die Ortsleitungen der B.K.P.D.

Anweisung für die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften.

Werte Genossen! Der kommunistische Parteitag war einstimmig der Meinung, daß die Arbeit in den Gewerkschaften und Betriebsräten zu einer Lebensfrage der Revolution geworden ist. In den Betrieben ist die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und Betriebsräten fest umrissen worden. Die Beamten, die Eisenbahner, die Bergleute befinden sich in ersten Lohnbewegungen. Diese Lohnkämpfe haben im heutigen Stadium der kapitalistischen Gesellschaft wichtige politische Konsequenzen. Eine Lohnbewegung der Eisenbahner, der Bergleute, der Post-, Reichs- und Kommunalbeamten wird heute zu einer Katastrophe für den Bestand des kapitalistischen Staates... An diese Bewegungen anzuknüpfen, sie zu großen Massenaktionen in diesem revolutionären Sinne auszugestalten, das ist die Aufgabe der Kommunisten.

Die örtliche Parteileitung beruft sofort je nach der Notwendigkeit mit Hilfe der Presse, Flugblatt und Plakaten alle auf dem Boden der 3. Internationale stehenden Gewerkschaftsfunktionäre zu einer Konferenz zusammen. Die Leitung dieser ersten Konferenz übernimmt ein Mitglied der örtlichen Parteileitung. Auf die Tagesordnung ist zu setzen: Was haben die Kommunisten in den Gewerkschaften zu tun? Der Referent erläutert die vom Parteitag angenommenen Leitätze für die Kommunisten in den Gewerkschaften. Nach der Aussprache muß die Wahl des Ortsartells der kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre vorgenommen werden. Das Ortsartell hat die Aufgabe, die gesamte Gewerkschaftsbewegung am Orte zu überwachen und im Sinne der kommunistischen Leitätze zu wirken. Es bestimmt aus seiner Mitte drei Personen zur Leitung der Geschäfte. Der geschäftsführende Ausschuß hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß in allen Betrieben und Verbänden kommunistische Fraktionen gebildet werden. In den Betrieben und Verbänden, in denen die B.K.P.D. nur wenig Mitglieder hat und es zurzeit noch nicht möglich ist, Fraktionen zu bilden, muß der geschäftsführende Ausschuß der Ortsartelle eine Vertrauensperson suchen, mit der er in enger Verbindung steht.

Ferner ist tausend zu berichten über die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in den Gewerkschaften, über Maßnahmen der Zentralverbände und deren Bezirks- und Ortsleitungen gegen die Kommunisten. Die Betriebsfraktionen werden sich nach Verbänden und darüber hinaus nach Industriegruppen zusammenschließen müssen. Die Fraktion des Betriebes hat die Aufgabe, zu allen Betriebsfragen Stellung zu nehmen, Propaganda unter den nichtkommunistischen Arbeitern des Betriebes zu entfalten und danach zu streben, die Betriebsräte und die Vertrauensfunktionäre der Gewerkschaften mit zuverlässigen Kommunisten zu besetzen. In den Fraktionsführungen ist zu allen Verbandsangelegenheiten bzw. zu allen Angelegenheiten der Industriegruppe Stellung zu nehmen und den Mitgliedern auszugeben, überall im kommunistischen Sinne zu wirken. Das Ergebnis der Beratungen dieser Versammlungen ist in Anträgen und Resolutionen zu formulieren. Vor jeder Verbandsversammlung muß die kommunistische Gewerkschaftsfraktion zusammenzutreten; sie bestimmt die Redner, die in den Verbandsversammlungen im Auftrage der Kommunisten sprechen sollen

und macht allen Kommunisten strengste Fraktionsdisziplin zur Pflicht.

Mit kommunistischem Gruß
Die Reichsgewerkschaftszentrale der R.K.P.D.

Jetzt wird die Zerstörung der Gewerkschaften als wichtigste Aufgabe der Kommunisten betrachtet. Mit Hilfe von Unabhängigen, die die Kommunisten vor ihren Wagen spannen wollen, soll das Werk gelingen. In den 21 Punkten des Moskauer Dekrets, dem sich die Neukommunisten unterwerfen mußten, heißt es im Punkt 9:

„Jede Partei, die der kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer täglichen Arbeit überall den Verrat der Sozialpatrioten und die Bankelmütigkeit des „Zentrums“ (das sind die U.S.P.) zu entlarven. Die kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein.“

Auf dem Parteitag der U.S.P. in Halle erklärte der Vertreter der russischen Kommunisten, Sinowjew:

„Gewiß sind die Weißgardisten, die Bürger- und Einwohnerwehren, die Ordscha, keine angenehmen Leute, aber ich behaupte, sie sind nicht so gefährlich als ihre geliebte sogenannte Amsterdamer Internationale.“

Der Amsterdamer Internationale gehören 27 Millionen deutscher, französischer, englischer, italienischer Gewerkschaftler an. Wird diese Organisation gesperrt, so ist das gleichbedeutend mit Auslieferung des internationalen Proletariats an das internationale Kapital. Um die Sprengung zu erreichen, wird versucht, in den einzelnen Ländern die Gewerkschaften mittels der kommunistischen Zellen von innen aus zu höhln. In den einzelnen Gewerkschaften, wie bei den Metallarbeitern, Bauarbeitern usw., sind die Kommunisten schon dabei, den Moskauer Machtspruch auszuführen. Viel Glück haben sie damit noch nicht gehabt, jedoch ist erhöhte Wachsamkeit der freigewerkschaftlich organisierten Kollegen dringend nötig.

Bereits vor einiger Zeit schon versuchten die Gewerkschaftszersörer in Nürnberg Fuß zu fassen. Man hat öffentliche Versammlungen abgehalten und die 5000 Mitglieder der graphischen Industrie eingeladen. Den Vorkursen folgten jedoch nur 30 bis 80 Versammlungsteilnehmer, so daß selbst der eifrigste Verfechter des „unerschütterlichen Kampfes“, Böttcher aus Stuttgart, starke Zweifel hegte, ob Nürnberg ein Boden für seine „Kulturarbeit“ sei. Jetzt soll unter dem neuen Aushängeschild R.K.P.D. mit einer noch bestehenden „unkompromittierten Gesamtopposition“ die Wählerliste der Kommunisten durchgeführt werden.

Die Nürnberger Gewerkschaftsbewegung ist im ganzen Deutschen Reich bekannt; sie hat einen guten Klang. Tausende von alten Kollegen sehen in der Nürnberger Gewerkschaftsbewegung ein Stück ihres Lebensinhalts verkörpert. Sie werden nicht zugeben, daß diese Lebensarbeit jetzt von Leuten zerstört wird, die vor wenigen Monaten noch bei den Selben oder bei der Vaterlandspartei waren. Es handelt sich bei den Gewerkschaften nicht darum, nur Lohn erhöhungen herauszuholen, sondern die Gewerkschaften sind heute das einzige noch geschlossene Bollwerk der Arbeiterschaft gegen das Unternehmertum. Die Gewerkschaften sind das Fundament, das zu einer höheren Wirtschaftsform führt, das eine Waffe ist zur Verwirklichung des Sozialismus.

Die Nürnberger Kollegenschaft wird den Kampf mit den Gewerkschaftszersörern aufnehmen. Unbedingt nötig dazu ist jedoch, daß die Fäulnis bei manchen Kollegen und Genossen abgestreift wird. Denn mit der Fäulnis und Laubstich gegenüber den Zersplitterern wird erst die linksradikale Opposition ermutigt, innerhalb der Gewerkschaften zu wählen.

Wir verkennen durchaus nicht, daß die gewerkschaftlichen und politischen Vertrauensleute heute eine große Fülle von Aufgaben haben, und daß infolgedessen ihre freie Zeit knapp bemessen ist. Aber andererseits darf nicht verkannt werden, daß die Kommunisten gerade die Laubstich vieler Kollegen und Kolleginnen sich zunutze machen.

Die Unternehmer stehen frohlockend beiseite und warten auf den Augenblick, wo das Werk der Kommunisten, die Zerstörung der Gewerkschaften, von Erfolg begleitet sein wird. Darum ist es Pflicht aller sozialistischen Arbeiter, durch festes Zusammenhalten die Geschlossenheit der Gewerkschaften hoch zu halten, denn die Geschlossenheit der Gewerkschaften allein bietet die Gewähr dafür, daß die Pläne der Unternehmer, die diese schon seit langen Wochen hegen, nicht in Erfüllung gehen.

Weist den Zerstörern die Tür; sorgt dafür, daß durch organischen Ausbau und geschlossenes Zusammenhalten unser Ziel, die Befreiung der Arbeiterschaft, recht bald in Erfüllung geht.

Höhere Getreidepreise?

Ueber die Un Sinnigkeit der beabsichtigten Getreidepreiserhöhungen verbreitet sich der bekannte Wirtschaftsstatistiker Dr. Kuczynski in seiner finanzpolitischen Korrespondenz wie folgt:

Am 21. Februar sollen die deutschen Ernährungsminister zusammenkommen, um eine Erhöhung der Getreidepreise zu beschließen. Der Termin ist reichlich spät; aber da die preussischen Landtagswahlen am 20. stattfinden, war es nicht gut möglich, einen früheren Tag zu wählen, wenn man sich nicht der Gefahr aussetzen wollte, die sozialistischen Parteien zur Unzeit zu stärken. Die Grundlage für die Beschüsse der Ernährungsminister sollen die Berechnungen der Indekommission bilden. Diese Kommission hatte auch die Begründung für die vorjährigen Getreidepreiserhöhungen geliefert. Es sei daher hier festgesetzt — was der Öffentlichkeit und vielleicht auch der Reichsregierung nicht bekannt ist —, daß die damaligen Berechnungen der Kommission einer kritischen Nachprüfung nicht standhalten.

Die „Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1920“ vom 13. März 1920 hatte Mindestpreise für die abzuliefernden Erzeugnisse (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Kartoffeln usw.) entsprechend dem Produktionskostenstand zu Beginn des Jahres 1920 verordnet (z. B. für die Tonne Roggen 1000 Mk.) und hatte weiter bestimmt: „Die endgültige Festsetzung der Preise erfolgt bis zum Beginn der Ernte unter entsprechender Berücksichtigung der bis dahin entstandenen Produktionskosten“. Die Indekommission sollte die Veränderungen in den Produktionskosten ermitteln. Bei der Lösung dieser Aufgabe beging sie vor allem folgende Fehler: 1. sie unterstellte, daß die Verjüngung des Bodens und der Gebäude von Anfang bis Mitte 1920 in demselben Maße gestiegen sei wie durchschnittlich die übrigen Produktionskosten (obgleich der Stoffliche Verjüngung sich kaum verändert hatte); 2. sie legte die Lohnsätze, Düngemittelpreise usw. von Mitte 1920 der Berechnung der Ausgaben für Löhne, Düngemittel usw. für das ganze Erntejahr 1919/20 zugrunde (als ob die Steigerung der Löhne usw. im ersten Halbjahr 1920 für die Unkosten der Aussaat von Belang gewesen wäre); 3. sie nahm an, daß das Verhältnis der einzelnen Produktionsfaktoren zueinander stets das gleiche bleibe (obgleich die Veränderungen in den Preisen der Futtermittel, Düngemittel, Arbeitskräfte usw. natürlich eine Verschiebung zugunsten der jeweils billigsten Betriebsweise bewirkten). Selbst wenn die Indekommission nur diese drei Fehler gemacht hätte, müßte jeder, der das Allgemeinwohl über das Interesse der Landwirte stellt, den Vorschlägen der Kommission auf weitere Getreidepreiserhöhungen mit dem größten Mißtrauen gegenüberstehen, denn ihre Fehler hatten alle die gleiche Tendenz: übermäßige Preiserhöhungen als notwendig zu erweisen. (Tatsächlich wurden durch Verordnung vom 14. Juli 1920 die Höchstpreise für Roggen auf 1400—1500 Mk. festgesetzt.)

Vor allem sollte man sich erst einmal darüber klar werden, ob eine Erhöhung der Getreidepreise — wie ihre Befürworter behaupten — eine Verstärkung der Ablieferung zur Folge haben muß. Die Produzenten haben ja bei uns zwei Theorien: 1. hoher Verdienst bewirkt hohe Leistung; 2. hoher Verdienst

bewirkt niedrige Leistung. Die erste Theorie wenden sie an, sobald es sich um ihren eigenen Verdienst handelt, die zweite, wenn der Verdienst der Arbeiter in Frage steht. Der Produzent sei desto fleißiger, je mehr er verdiene; der Arbeiter sei desto fauler, je mehr er verdiene. In Wirklichkeit liegen die Dinge nicht so einfach. Es gibt Arbeiter, die eher ausfehen, wenn sie viel verdienen; es gibt aber auch Arbeiter, für die ein höherer Lohn ein Anreiz zu erhöhter Leistung ist. Ebenso gibt es Produzenten, die sich erst wirklich anstrengen, wenn die Preise lobend sind, während andere, und das gilt namentlich für Landwirte, sich mit einer bequemeren, extensiveren Wirtschaft begnügen, falls sie damit bei hohen Preisen genügend verdienen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Dazu kommt ein weiteres. Der Landwirt hat die Wahl zwischen Ablieferung und Verfüterung des Getreides. Erscheinen ihm die Getreidepreise im Verhältnis zu den Viehpreisen zu niedrig, so zieht er vor, sein Getreide zu verfüttern. Die wünschenswerte Relation zwischen Getreide- und Viehpreisen läßt sich nun mit hinreichender Genauigkeit feststellen. Zur Gewinnung eines Lebendgewichtszuwachses von 100 kg Schwein sind Futtermittel mit einem Stärkewert von 315 kg und 30 kg verdauliches Eiweiß erforderlich. Diese Menge Stärkewert und noch ein Ueberchuß von Eiweiß sind enthalten in 440 kg Roggen. Bei einem Roggenpreis von 1400 Mk. für die Tonne kosten 440 kg 616 Mk. Schlägt man für Verlust, Wartung und sonstige Unkosten ein Viertel auf die Futterkosten auf, so würde sich die Erzielung von 100 kg Lebendgewicht mittels Roggen, bei einem Roggenpreis von 1400 Mk., für den Schweinehalter auf 770 Mk. stellen. Tatsächlich erzielt der Schweinehalter heute aber für 100 kg Lebendgewicht nicht 770 Mk., sondern zwei- bis dreimal soviel. Bei den heutigen Schweinepreisen bestände also noch ein Anreiz zur Verfüterung von Roggen, selbst wenn der Roggenpreis, wie nach einer Mitteilung des „Vorwärts“ geplant, auf 2050 Mk. für die Tonne festgesetzt würde. Und welche Gewähr besteht denn dafür, daß die Viehpreise nicht noch weiter in die Höhe gehen? Unmöglich ist in der Beziehung bei uns nichts. Auch der furchtsamste Städter und der kühnste Landwirt hätten sich doch im November 1919 nicht träumen lassen, daß der Preis für ein Pfund Kartoffeln in Berlin binnen Jahresfrist von 15 auf 50 Pf. steigen würde. Und dabei ist die Kartoffel das Alltagsgericht der Armen der Armen. Fleisch gibt aber heutzutage bei der großen Masse der Städter als Luxus. Selbst unter Einbeziehung der Wohlhabenden ist der durchschnittliche wöchentliche Fleischverbrauch der städtischen Bevölkerung von 2 bis 3 Pfund vor dem Kriege auf etwa ein Viertel gesunken. Bei unserer Vollerwirtschaft, die den Gegensatz von Reich und Arm im Vergleich mit der Vorkriegszeit noch sehr verschärft hat, gibt es aber noch Zehntausende von Städtern, die nicht wöchentlich, sondern täglich ein halbes Pfund Fleisch verzehren, und dies auch bei einer Verdoppelung der Fleischpreise tun würden. Die Landwirte würden sich also wohl nicht verrechnen, wenn sie auch bei wesentlich höheren Viehpreisen annähernd denselben — ohnehin ja im ganzen nur geringen — Verbrauch von Fleisch in den Städten erwarten würden wie in der Gegenwart. Es besteht mithin keineswegs die Gewähr, daß, wenn trotz erhöhter Getreidepreise die Ablieferung nicht zunimmt, das Brot teurer wird. Die Getreidepreise sollten daher nur erhöht werden, wenn es im Interesse der Volkswirtschaft unbedingt erforderlich ist. Das aber muß sorgfältig geprüft werden. Nach ihren vorjährigen Leistungen erscheint die Indekommission dazu nicht als die geeignete Instanz.

Arbeitslosenstatistik.

Im Januar scheint der Arbeitsmarkt sich etwas gehoben zu haben. Wir sagen sich ein; denn leider haben 18 Zahlstellen mit 11 224 Mitgliedern — darunter Leipzig mit 9000 Mitgliedern — die Berichtsarten nicht eingekandt. Aber unter Berücksichtigung der sonst von den fehlenden Zahlstellen gemeldeten Zahlen scheint insbesondere die Kurzarbeit erheblich abgenommen zu haben. Die Zahl der Arbeitslosen wird dagegen ziemlich gleich geblieben sein. Insgesamt waren von den 69 535 an der Statistik Beteiligten 2746 = 3,9 Proz. arbeitslos. Und zwar waren davon 1209 = 5,9 männliche und 1537 = 3,1 Proz. weibliche.

Eine Berichtsarten sind von folgenden 18 Zahlstellen eingegangen: Hirschberg, Dessau, Torgau,

Osnabrück, Oera, Umenau, Sonneberg, Schmatalden, Hagen, Bünde, Firmafens, Freiberg, Götting, Grimma, Leipzig, Ulm, Karlsruhe, Straubing. Soll die Arbeitslosenstatistik nicht vollständig an Wert verlieren, dann ist es dringend notwendig, daß die Zahlstellen in Zukunft gewissenhafter ihrer Pflicht hierbei nachkommen.

Ein Vergleich über den Umfang der Arbeitslosigkeit in den Vormonaten und in den gleichen Monaten der letzten drei Jahre ergibt folgendes Bild:

Monat	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Schlußtag (am Ort und auf der Straße befindlich)			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder						
				1920		1919		1918		
	m.	w.	zuf.	m.	w.	zuf.	m.	w.	zuf.	
1920										
Januar	588	488	1076	2,5	0,9	1,4	13,0	1,6		
Februar	458	267	725	1,9	0,5	0,9	9,1	1,4		
März	295	251	546	1,5	0,5	0,6	6,6	1,4		
April	465	418	883	1,9	0,7	1,1	5,7	1,4		
Mai	657	750	1407	2,5	1,9	1,7	4,7	1,1		
Juni	903	1481	2474	3,7	2,4	2,8	8,6	1,7		
Juli	1847	2577	4424	7,4	4,2	5,2	8,4	0,9		
August	2115	3065	5180	8,8	4,9	5,9	8,0	0,9		
September	2010	2829	4839	8,5	4,9	5,8	2,7	1,0		
Oktober	1499	2439	3938	6,8	4,4	5,0	2,3	0,8		
November	1383	1777	3160	5,7	3,1	3,9	1,5	2,7		
Dezember	1468	1393	2861	6,1	2,5	3,6	1,6	0,5		
1921										
Januar	1209	1537	2746	5,9	3,1	3,0	1,4	3,0		

Zu den Arbeitslosen treten dann noch die Kurzarbeiter. Und zwar arbeiteten im Januar wöchentlich verkrüzt um:

1-8 Stunden	in 49 Betr. m.	600 m. u.	755 w. Berl.
9-10	" 29	248	553
17-24	" 82	995	1219
25 u mehr	" 17	157	255

Insgesamt 177 Betr. m. 2056 m. u. 2782 w. Berl.

Die auf Wunsch des Reichsarbeitsamts eingeführte Messung bei der Berichterstattung über Kurzarbeit läßt leider keine weiteren Vergleiche über die Verteilung auf die einzelnen Branchen zu. Doch möchten wir befehengeachtet noch eine zusammenfassende Uebersicht der Kurzarbeit in den einzelnen Branchen für die Zeit der Berichterstattung im nachstehenden geben.

Hiernach arbeiteten in der Buchbinderbranche verkrüzt:

Monat	Orte	Betriebe	männl.	w. bl.	zusammen
1920					
Mai	20	25	855	555	910
August	56	142	1117	1887	3004
September	56	249	1639	3173	4812
Oktober	87	214	2219	3679	5898
November	83	143	1821	2410	3731
Dezember	16	138	1200	2551	3751

In der Kartonnage-Industrie arbeiteten verkrüzt:

Monat	Orte	Betriebe	männl.	weibl.	zusammen
1920					
Mai	21	86	499	1476	1975
August	61	371	1645	5406	7051
September	50	208	1224	4409	5633
Oktober	28	150	798	2263	3065
November	23	115	447	1599	2046
Dezember	34	166	1065	2094	3159

In der Papierwaren-Industrie arbeiteten verkrüzt:

Monat	Orte	Betriebe	männl.	weibl.	zusammen
1920					
Mai	9	18	82	570	652
August	81	100	936	3832	4768
September	27	96	1028	2501	3529
Oktober	25	72	747	2735	3482
November	17	80	342	1011	1353
Dezember	14	89	576	1139	1715

*) Verspätet eingegangen sind noch Berichte aus: Leipzig, Gau v. Sonneberg, Dessau, Lorchau, Hagen, Karlsruhe und Firmafens mit insgesamt 10176 Mitgliedern. Dadurch erhöht sich die Zahl der Arbeitslosen um 507, also insgesamt auf 3253, und zwar bei den männlichen um 303 und bei den weiblichen 204.

**) Die Zahl der Kurzarbeiter erhöht sich durch vier weitere Orte auf insgesamt 6898 in 233 Betrieben. Davon sind 2815 männliche und 4083 weibliche Beschäftigte.

Die Mitgliederzahl war 80 930, darunter 24 475 männliche und 56 455 weibliche.

Insgesamt arbeiteten verkrüzt im:

Monat	Orte	Betriebe	männl.	weibl.	zusammen
1920					
Mai	50	129	986	2601	8 537
August	93	650	4 158	11 675	15 833
September	91	583	3 891	10 143	14 034
Oktober	55	436	3 759	8 576	12 335
November	50	288	2 110	5 020	7 130
Dezember	54	343	2 841	5 784	8 625
1921					
Januar	51	177	2 055	2 782	4 837

Der Streik in der Kartonbranche.

Unter diesem Titel erschien in Nr. 2 der Mitteilungen der Zahlstelle Berlin ein Artikel mit dem Titel: Der Streik in der Kartonbranche. Der Artikel ist von dem Verfasser der Zeitschrift 'Der Arbeiter' verfaßt. Der Artikel ist von dem Verfasser der Zeitschrift 'Der Arbeiter' verfaßt.

„Der Reichstaxi ist gefallen, bewahre uns der Himmel vor einem neuen Reichstaxi. . . . Mit einem Kampfmot ohne Gleichen wurden alle Vorbereitungen getroffen, um sofort nach dem 31. Januar loszuschlagen. Und in der Zwischenzeit stellten drei Vertreter des Verbandsvorstandes . . . und zwei Vertreter des Tarifausschusses das zerfallene Reichstaxigebäude in Leipzig notwendig zusammen. . . . Und bei uns in Berlin? Der Wille zum Kampf war da, niemand wäre instande gewesen, den lobenden Kampfwillen zu ersticken. . . . Vier Tage dauerte der Kampf. . . . als Sieger zogen am 7. Februar unsere Kollegen erhobenen Hauptes in die Betriebe ein. Das Prestige der Organisation wurde durch die Berliner gewahrt. . . .“

In diesem Sinne geht es dann noch eine Weile weiter. Es ist geradezu ein Standa, daß man eine derartig grobe Verführung der Mitglieder wagen kann. Eine solche Großschändlichkeit, gepaart mit Dummheit, kann nur in Berlin verpaßt werden. Die Berliner Kommunisten haben das Prestige der Organisation gewahrt! Ein schallendes Gelächter würde durch die Reihen der gesamten Kollegenchaft Deutschlands gehen, wenn man einmal die an Ueberhebung leidenden Berliner „Gewerkschaftsstrategen“ am Orte zu beobachten vermöchte.

Wie gelegenheitlich die Dinge im vorliegenden Falle? Als gelegentlich der letzten Berliner Verhandlungen mit den Ulm- und Kartonnagenfabrikanten wegen der unzureichenden Zugeständnisse der Arbeitgeber ein neues Lohnabkommen nicht zustande kam, forderten die Arbeiter, daß sie im Tarifvertrag vorgegebene höchste Tarifinzanz, das Tarifamt, sich mit der Angelegenheit zu befassen habe. Der Tarifausschuß, der zu dem Verlangen der Arbeitgeber Stellung nahm, beschloß einstimmig, daß bevor das letzte Kampfmittel angewandt werde, alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sein müßten. Eine platte Selbstverständlichkeit, wie sie von jeder freien modernen Gewerkschaft geübt wird. Im Tarifamt, in dem nur ein Mitglied des Verbandsvorstandes Sitz und Stimme hat, wurde dann der bekannte Schiedsspruch gefällt und im gesamten Reich in Wahrung der Ordnung und Disziplin, ohne die eine Organisation auf die Dauer gar nicht zu bestehen vermag, auch durchgeführt.

Anders in Berlin. Die Berliner, die da meinen, daß sie keine Rücksicht zu nehmen brauchen auf das übrige Reich, die da glauben, daß die Verbandstafel lediglich für Berlin da ist, erklärten, daß der Schiedsspruch für sie nicht existiert, beschloßen den Streik. Durch Vermittlung und in Gemeinschaft mit Vertretern des Verbandsvorstandes gelang es dann nach vier Tagen Streik, daß ein Abkommen getroffen wurde, nach dem die für den Monat März vorgegebenen Zulagen bereits ab 1. Januar gezahlt werden. In Zahlen umgerechnet bedeutet dies, daß die Kollegen in der höchsten Lohnstufe über den Schiedsspruch hinaus ein Mehr erhalten von 184mal 35 Pf. = 64,40 Mk., ferner 184mal 10 Pf. = 18,40 und insgesamt 82,80 Mk. Dafür haben sie vier Tage Lohnausfall, unter Zugrundelegung des Minimalstundentlohnes einen Verlust von 172,80 Mk. Die Kollegen in der höchsten Lohnstufe erhalten über den Schiedsspruch hinaus 184mal 20 Pf. = 36,80 Mk., ferner 184mal 5 Pf. = 9,20 Mk. und insgesamt 46,00 Mk. Einen Lohnausfall haben sie, wiederum unter Zugrundelegung des Minimalstundentlohnes von 100,80 Mk.

„Als Sieger zogen am 7. Februar unsere Kollegen erhobenen Hauptes in die Betriebe ein. Das Prestige der Organisation wurde durch die Berliner gewahrt.“

Schfrage, wie lange soll dieses Schindluderstück noch weitergehen?

Die russische Genossenschaftsbewegung.

Die bolschewistische „Moskowskaja Prawda“ schreibt in Nr. 231:

Mit der Reorganisation der Kooperation haben wir die alten Organe liquidiert und einen ziemlich einheitlichen Verteilungsapparat geschaffen. In Städten und Gouvernements sind Konsumgenossenschaften gebildet worden, die die ganze Bevölkerung umfassen, die das Wahlrecht zu den Sowjets besitzt. Es gibt „Gubsojus“ (Gouvernementsverbände), „Rajsojus“ (Rajonsverbände) und städtische Konsumgenossenschaften, an deren Spitze „Centrosojus“ steht. Dagegen vorläufig noch die alten Bureaus des „Centrosojus“ in Tätigkeit sind, die gewissermaßen parallel mit den „Gubsojus“ arbeiten, fällt es doch dem leitenden Zentrum schwer, sich von seinen traditionellen Organen zu trennen; deswegen hält auch die Liquidierung an. Das ist jedoch nicht so schlimm. Das Grundübel liegt darin, daß die Gründer der neuen Kooperation einen großen, schönen Bau geschaffen, aber einen durchaus wichtigen Umstand außer acht gelassen haben: sie haben die Arbeit, die die neue Organisation zu bewältigen hat, nicht vorausgerechnet und festgelegt. Die Führer haben eben die Kardinalfrage nicht bedacht: Was wird dieser ungeheuer große Apparat verteken müssen und über was für Warenvorräte verfügt die Republik? Es wurden zahlreiche Verwaltungen organisiert, Kontrollräte eingesetzt und eine gewaltig große Zahl von Angestellten eingestellt; ferner wurden in jedem Rajon Kooperationen mit vielen Läden (Mnogolawki) eröffnet, aber das Ergebnis war folgendes: Wegen Mangel an Waren bleiben die Kooperativläden geschlossen und die Angestellten sind unützig und langweilen sich. Der Riesenapparat kommt der Sowjetrepublik sehr teuer zu stehen. Die Schützen des „Centrosojus“ ergeben sich aus folgenden Zahlen: Den Hauptkommissionären und zentralen Stellen 5248 Millionen Rubel, der Rajonskaja Bank 1477 Millionen Rubel. Daneben übersteigen die Schützen der „Gubsojus“ an lokalen Lebensmittellorganisationen (Prodorgan) diese Summe noch. Die Erklärung liegt darin, daß die Organisationskosten der Kooperation die Summe der zu verteilenden Produkte übersteigen. Zur Bestätigung dieser Tatsache führen wir die Speise des Moskauer „Gubsojus“ an, der durch die errichteten Läden 2 Millionen der Bevölkerung bedient. Die Ausgaben für die Kooperationsorgane betrafen sich auf 180 bis 200 Millionen Rubel pro Jahr, d. h. auf den Kopf der Bevölkerung kommen 90 bis 100 Rubel, während in der ersten Hälfte des Jahres 1920 an Waren nur für 34 Rubel pro Kopf verteilt worden sind. Fügt man die Transport- und anderen Speise hinzu, so stellen sich die Zuschußkosten um etwa 250 v. h. höher als die Summe der zu verteilenden Waren. Diese Berechnungen sind zwar infolge nicht ganz genauer Statistik und Buchführung natürlich ungenau, beweisen aber doch ziemlich augenscheinlich das Mißverhältnis zwischen der durchaus fargen Versorgung mit Waren und der Höhe der Zuschußkosten. Im Moskauer Gouvernment zählt man 215 Kooperativen, deren jede vier bis fünf Läden umfaßt. Insgesamt sind es 800 bis 1000, in denen derselbe Zustand herrscht und von denen die meisten nicht funktionieren. Der gleiche Zustand herrscht auch in anderen Gouvernements.

Aus unierem Bernf.

Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industriellen.

Wie die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ meldet, wurde auf der vor kurzem stattgefundenen Mitgliederversammlung des Verbandes Herr Paul Asbelm zum Verbandsvorstandenden, Herr Eduard Labus zum 1. stellvertretenden Vorstandenden und Herr Ernst Lüderitz zum 2. stellvertretenden Vorstandenden gewählt.

Der Verband legt außerdem als Druckschrift seinen Geschäftsbericht für das zweite Geschäftsjahr vor. Die Zahl der Mitglieder hat sich um 73 erhöht. In ausführlicher Weise wird ferner die sehr ausgedehnte und vielseitige Tätigkeit des Verbandes dargestellt.

Die Papierindustrie im Januar.

Wie die „Industrie- und Handelszeitung“ berichtet, verschlechterte sich die Lage der Papierindustrie im vergangenen Monat insofern, als der Absatz sowohl im Inlande als auch im Auslande erheblich nachließ. Dies gilt sowohl für Zeitungsdruckpapier wie auch für die anderen Papierarten. Eine Ausnahme machte im vergangenen Monat die Papiergarnindustrie, deren Erzeugnisse auf dem Weltmarkt ein gewisses Aufsehen erregt haben und lebhaften Nachfrage fanden. Die Gründe für den Rückgang des Absatzes der deutschen Papierindustrie liegen sowohl in der Besserung des Marktkurses, die den Anreiz für einen Export aus Deutschland geringer erscheinen ließen, als auch in einer starken Senkung der Weltmarktpreise, durch die die ausländischen Fabrikate zu

einem Preise auf den Markt gebracht werden konnten, der beträchtlich unter dem deutschen Ausfuhrpreis lag. Erst in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres wurde vom Reichswirtschaftsministerium eine erhebliche Herabsetzung der Ausfuhrpreise sowohl für Zeitungsdrukpapier als auch für andere Papierarten vorgenommen, so daß der Auslandsabfah gegen Ende des Monats wieder eine geringe Besserung aufwies. In den Fabrikationsbetrieben machte sich nach Berichten aus der Industrie die Kohlennot erheblich bemerkbar und verhinderte namentlich in den arbeitend n Betrieben der Papiergarnindustrie die Ausdehnung der Fabrikation.

Das Buchhandels-geschäft entwickelte sich im vergangenen Monat nicht in dem Maße, wie die bedeutend erhöhten Lkoffen es eigentlich erforderlich machten. Eine statistische Ausstellung über die Anzahl der bedienten Kunden, die bei dem stark erhöhten Umsatze, der nicht mehr für den Absatz maßgebend sein darf, ein sehr gutes Bild über die Entwicklung des Bücherabfahes gibt, zeigt, daß ein erheblicher Rückgang in der Nachfrage eingetreten ist. Die Lage des Buchhandels wird auch durch die neuerdings wieder aufgetauchten Klagen des Druckgewerbes über Zurückhaltung des Verlagsbuchhandels in der Erstellung von Druckaufträgen gekennzeichnet. Die Wettbewerbsfähigkeit auch der neueren Neuerungen im Ausland wurde sichergestellt durch eine Neuregelung der Verkaufsordnung für Auslandslieferungen, die eine weitere erhebliche Herabsetzung der Umrechnungskurse und die Gewährung höherer Rabatte an das Auslandsfortiment vorsieht. Diese Neuregelung hat schon im vergangenen Monat zu einer merklichen Zunahme der Ausfuhr geführt.

Zusammenschluß von Prager Papierfabriken.
Der Zusammenschluß der „Prager Papierfabriken A.G.“, der „Olešauer Papierfabrik“ und „Blatná“ ist in greifbarer Nähe gerückt. Prager Nachrichten zufolge soll auch ausländisches Kapital an diesem Zusammenschluß beteiligt sein. Ansehend hat man die Absicht, die genannten Unternehmungen in einen internationalen Trust umzuwandeln.

Ihr Krise in der Papierindustrie.
Die nordische Papierindustrie befindet sich in einer gedrückten wirtschaftlichen Lage. Infolge der überfüllten Lager sah sich ein großer Teil der norwegischen Papierfabriken veranlaßt, bedeutende Betriebs Einschränkungen vorzunehmen; mehrere Fabriken, darunter eine mit 400 Arbeitern, mußten den Betrieb völlig einstellen. Von 70-80 Papiermaschinen, die in den norwegischen Papierfabriken tätig sind, liegen gegenwärtig mehr als die Hälfte still. Sturzarbeit ist gleichfalls in vielen Betrieben anzutreffen. In Norwegen bestehen 26 Zellulosefabriken, 63 Holzschleifereien und 48 Pappen- und Pappfabriken, die im ganzen ungefähr 15 000 Arbeiter beschäftigen. — In Schweden hat sich die Krise auf dem Papier- und Papiermassenmarkt in der letzten Zeit erheblich verschärft. Die Verkäufe haben einen sehr beschränkten Umfang angenommen. Während der Auslandsabfah für Schweden fast aufgehört hat, ist in Finnland die Papierindustrie noch sehr aktiv beschäftigt. — Aus den Vereinigten Staaten wird über eine große Papierknappheit berichtet. Diese wird nach einem Bericht des Landwirtschafts-Departements auf den kürzlich erfolgten Ausbruch einer Käseplage zurückgeführt, der ganze Baumkulturen zum Opfer zu fallen drohen. In manchen Distrikten, wo Pappeln und Eichen, zwei für die Papierindustrie ganz besonders wichtige Baumarten vorherrschen, sind bereits über 50 Proz. des Gesamtbestandes zugrunde gegangen.

Die Lage der Papierindustrie Sowjetrußlands.
Nach einem Interim mit dem in München weilenden Ingenieur Matowski, dem Vizepräsidenten von Glawum (Verwaltung der Papierindustrie) berichtet der „Generalanzeiger für Pappen- und Papier-Verarbeitung“ folgendes:
Glawum ist die Vereinigung von 76 Papier- und Zellulosefabriken, von denen gegenwärtig 40 arbeiten. Daß die übrigen stillstehen, ist auf den Umstand zurückzuführen, daß sie wegen ihrer alten primitiven Einrichtungen zuviel Brennmaterial verbrauchen. Die Organisation selbst besteht aus einem Teil des Verbandes der Papierproduzenten. Ihr Personal besteht aus 350 Personen. Der Präsident ist ein Arbeiter.

Die Papierproduktion in Rußland steigt von Tag zu Tag. Gegenwärtig erreicht sie 3 Millionen Pud im Jahr; die für 1921 aufgestellte Produktionsnorm ist 6 Millionen Pud. Die Produktion ist von 100 000 Pud monatlich 1919 auf 220 000 Pud bis November 1920 gestiegen und man hofft, sie im Jahre 1921 auf 500 000 Pud monatlich erhöhen zu können.
An Zellulose wird 1 Million Pud produziert und man beabsichtigt, große Mengen im Ausland zu kaufen. Die Produktion von Zellulose ist deshalb sehr beschränkt, weil die große Zellulosefabrik Volkoff in

Bernowo bei der deutschen Offensive in den Ostseeprovinzen in die Luft gesprengt wurde. Man beabsichtigt jetzt, zwei große Zellulosefabriken in Wolgda zu vergrößern. Ingenieur Matowski's Auslandsreise hat den Zwen, Maschinen und Apparate für die Fabriken einzukaufen. Die Zellulose- und Holzstoffindustrie bietet ausländischen Kapitalisten ein weites Feld für KonzeSSIONen. Die unermesslichen Wälder im nördlichen Rußland und die starke Wasserkraft sind die beiden Bedingungen für solche Industrien. Eine sachverständige Kommission ist nach Rußland gereist, um die Gegend zu untersuchen, wo die ersten Zellulosefabriken, sei es von der Sowjetregierung, sei es von Inhabern von KonzeSSIONen, gebaut werden sollen.

Erhöhte Staatszuschüsse für die Deutsche Bucherei in Weizsä.

Die Notlage der Deutschen Bucherei hat sich noch weiter erhöht. Der Haushaltplan der Bucherei für 1920 schließt mit rund 800 000 Mk. Fehlbetrag ab, ohne daß gegenüber den Vorjahren wesentlich neue Posten eingeleitet sind. Dieser Fehlbetrag ist hauptsächlich eine Folge der seit 1919 eingetretenen weiteren Steigerung der Gehälter und der wachsenden Verteuerung aller Materialien. Unter den obwaltenden Umständen erachtet es die Regierung für unumgänglich nötig, den Staatszuschuß um 250 000 Mk. zu erhöhen. Diese Summe ist jetzt im Nachtrag zum Staatshaushaltplan für 1920 zur Einstellung gelangt. Das Reich hat ein besonderes Interesse für die Deutsche Bucherei dadurch gezeigt, daß es erstmalig, und zwar in einem besonderen Titel des Nachtragsplans 500 000 Mk. angefordert hat. Es wird angestrebt, für den noch ungedeckten Fehlbetrag Deckung in einem weiteren Zuschusse der Stadt Leipzig zu finden. Ferner hat man in den Nachtragsplan als Beitrag an den Deutschen Verein für Buchwesen und Schrifttum in Leipzig 20 000 Mk. eingestellt.

Die Extravertragskassen für Buchbinder und verwandte Gewerbe zu Berlin

besteht seit dem Jahre 1870, sie hat im vergangenen Jahr ihr 50jähriges Bestehen erlebt. In ihr sind 350 Mitglieder verzeichnet. Die Kasse hat ein Vermögen von 13 000 Mk. Sie gewährt ihren Mitgliedern im Krankheitsfalle eine Beihilfe von 15 Mk. wöchentlich sowie beim Ableben ein Sterbegeld von 30 Mk. bei einer Mitgliedschaft von 1-3 Jahren, 50 Mk. von 3-5 Jahren, 75 Mk. von über 5 Jahren bei einem wöchentlichen Beitrag von 75 Pf. Aufnahmefähig sind sämtliche zwischen dem 18. und 45. Lebensjahre stehenden männlichen Berufsangehörigen ausschließlich der Lehrlinge, die vom Vertrauensarzt der Kasse ein Gesundheitsattest beibringen. Das Kassenstat befindet sich Berlin SO. 16, Waldstr. 24. 1. Anträge zur Aufnahme werden in den Kassenstunden Montags und Mittwochs von 8-8 Uhr abends, Sonnabends von 4-6 Uhr nachmittags entgegengenommen.

Die letzten Bücher

Die stark besuchte außerordentliche Hauptversammlung des Börsenvereins der deutschen Buchhändler, die am 13. Februar in Leipzig stattfand, hat ein für das Publikum negatives Ergebnis gehabt: das heißt die Bücher werden nicht billiger. Zur Frage der Feuerungszuschläge der Reichsstandsordnung wurde beschlossen, daß sie zunächst in Kraft bleibt; nur für wissenschaftliche Lehrbücher treten gewisse Erleichterungen ein. Zur Verkaufsordnung für Auslandslieferungen wurde festgestellt, daß die überwiegende Mehrheit die Beibehaltung dieser Verkaufsordnung vorläufig für unbedingt notwendig hält, da die unausbleiblichen Folgen ihrer Aufgabe ein weiteres Steigen der Bücherpreise im Inlande wäre. Die Aufhebung der Ausfuhrkontrolle würde katastrophale Folgen haben. Dem Reichswirtschaftsministerium, das bis zum 25. April eine abschließende Stellungnahme hinsichtlich der schwebenden Fragen gefordert hatte, wurde folgendes Telegramm übersandt: „Die Versammlung hat mit Ueberergriffung von dem Versuch des Reichswirtschaftsministeriums Kenntnis genommen, die Verhandlungen und Beschlüsse der heutigen Hauptversammlung in zwei Punkten der Tagesordnung, betreffend Reichsstandsordnung, Auslandsverkaufsordnung, durch ein Mittel zu beeinflussen, das einem Ultimatum gleichkommt. Die Versammlung hat ihrem Vorstand das Vertrauen ausgesprochen, daß er den Buchhandel vor der schädigenden Wirkung eines behördlichen Einflusses schützen wird.“

Gesellschaftliches.

Die Hermann Schödt A.G. in Rhendt schlägt 40 v. H. Barauschüttung vor (A. B. 12 v. S.), nämlich eine Dividende von 20 und einen Bonus von 20 v. H., ferner eine Kapitalerhöhung von 3 auf 6 Millionen Mark zu noch nicht hinzugefügten Bedingungen. Der Geschäftsjahr sei weiter befriedigend. Leipzig Buchbinder-Aktiengesellschaft, vorm. Gustav Fröhche in Leipzig. Das Grundkapital ist um zwei Millionen Mark auf fünf Millionen Mark erhöht.

Fachausstellung.

Im Leoschen Anzeiger wendet sich der Vorstand des Jakob-Krausche-Bundes mit einem Aufruf an seine Mitglieder um rege Teilnahme an der Buchbinderausstellung, die im Staatlichen Kunstgewerbemuseum, und zwar im historischen „Weißen Saale“ des ehemaligen Kaiserhofes in Berlin im September und Oktober 1921 stattfindet. Nach langen Bemühungen sei es ihm gelungen, eine große Ausstellung von Arbeiten seiner Mitglieder an dieser Pflanzstätte des deutschen Kunstgewerbes zu ermöglichen. Er sagt u. a.: „Es ist das erstemal, daß an dieser Stelle eine Ausstellung moderner deutscher Buchebände u. dgl. stattfindet, die man als „Erste deutsche Buchbinderausstellung“ bezeichnen kann. Die Leitung des Kunstgewerbemuseums setzt große Hoffnungen in uns, die wir nicht enttäuschen dürfen. Ich bitte deshalb alle Mitglieder, unsere Ausstellung so reichhaltig als irgend möglich zu bescheiden; es gilt zu zeigen, was deutsche Kunstbuchbinderei vor, während und nach dem Kriege geschaffen hat.“ Die Ausstellung soll vom 1. September bis 31. Oktober stattfinden.

Internationales.

Holland. Nach einer uns zugegangenen Mitteilung aus Holland ist die Geschäftslage in unserm Beri in daselbst eine sehr schlechte. Noch niemals waren so viele Arbeitslose in unserm Berufe vorhanden als gegenwärtig. Können also nicht einmal alle einheimischen Kollegen untergebracht werden, so ist es erst recht ganz aussichtslos, daß Kollegen aus dem Ausland, insbesondere aus Deutschland, auf Kondition in Holland rechnen können. Die diesbezüglichen Anfragen deutscher Kollegen bei dem holländischen Verbands sind jedoch so zahlreich, daß es unserm holländischen Bruderverband nicht möglich ist, alle einzeln zu beantworten.

Unsere Kollegen wollen daher auf diesem Wege davon Kenntnis nehmen, daß es zurzeit unmöglich ist, deutschen Kollegen in Holland Arbeit verschaffen zu können.

Oesterreich. Zu unserer letzten Notiz über die Lohnerhältnisse teilt uns unser österreichischer Bruderverband mit, daß auch die dortigen Verhältnisse ununterbrochen Lohnbewegungen notwendig machen und die von uns gemeldeten Löhne der Lohnbewegung vom 3. Januar durch die folgenden Sätze der Lohnbewegung vom Ende Januar eine Neuregelung erfahren haben.

Die tariflichen Mindestlöhne betragen nunmehr für Buchbindergehilfen im ersten Jahre nach der Ausleihe bis zum vollendeten 20. Lebensjahre 663,20 Kr., im zweiten Jahre nach der Ausleihe 800,02 Kr., nach dem zweiten Jahre nach der Ausleihe bis zum vollendeten 20. Lebensjahre 828,02 Kronen, bis zum vollendeten 23. Lebensjahre 880,02 Kronen, für Buchbindergehilfen bis zum vollendeten 20. Lebensjahre, die in der Regel an der Schneidemaschine beschäftigt sind 837,02 Kr., für ebensolche bis zum vollendeten 23. Lebensjahre 895,02 Kr., ältere Gehilfen, ohne Unterschied, ob sie an der Schneidemaschine beschäftigt sind oder andere Buchbinderarbeiten verrichten, 1140,02 Kr.

Buchbinderhilfsarbeiter: Jugendliche Hilfsarbeiter bis zum vollendeten 16. Lebensjahre 424,30 Kronen, Anfänger im ersten Jahre, verheiratete 462,30 Kr., ledige 424,30 Kr., für bereits in gleichartigen Betrieben über ein Jahr gestandene Hilfsarbeiter, verheiratete 608,30 Kr., ledige 500,30 Kr.

Buchbindererwerbshilfsarbeiterinnen: Anfängerinnen im ersten halben Jahre 242,20 Kr., Anfängerinnen im zweiten halben Jahre 254,70 Kr., für Arbeiterinnen nach einjähriger Berufstätigkeit, die zum Falzen, Kleben, Zusammentragen, Vorrichten, Handheften, Goldauftragen verwendet werden und darin geübt sind 531,40 Kr., nach zweijähriger Berufstätigkeit im Buchbinderbetriebe 536,40 Kr., nach dreijähriger Berufstätigkeit 539,40 Kr., Arbeiterinnen, welche an den unten genannten Buchbindereimaschinen zeitweise beschäftigt und eingeübt sind, 541,40 Kr., welche an einer der nachbenannten Buchbindereimaschinen ständig beschäftigt, damit vollkommen vertraut sind und selbständig arbeiten, 548,40 Kr. Diese Maschinen sind: Draht- und Zwihrheft-, selbständige Falz-, Paginier- und Beleistmaschinen sowie Kreiskartenscheren. Sonstige Arbeiterinnen mit mehr als einjähriger Berufstätigkeit 307,40 Kr.

Berichte.

Alfeld a. d. E. Nach mehrfachen langwierigen Verhandlungen wurden durch Schiedspruch vor dem Schlichtungsausschuß in Hildesheim am 26. Januar für die Arbeiterschaft der Papierwarenfabriken Ernst C. Behrens (üten- und Beutefabrikation) nachstehende Lohnsätze festgelegt: für Männer von 18 bis

Kollegenschaft eine geordnete Grundlage erhalten haben, sind ab 1. Jan. neue Lohnzulagen erfolgt. Buchbindergehältern erhielten im Alter von 18 bis 24 Jahren pro Woche 20 Mk., über 24 Jahre 25 Mk., dazu eine besondere Ortszulage bis zum Alter von 21 Jahren 4 Mk. und über 24 Jahre 5 Mk. pro Woche. Der Lohn unserer Kollegen beträgt demnach 254,50 Mk. pro Woche. Die Hilfsarbeiter erhielten Zulagen von 7,20 Mk. bis 25,50 Mk. und die Arbeiterinnen solche von 6 Mk. bis 15 Mk. Die Löhne der Hilfsarbeiter betragen jetzt:

im Alter von 14-15 Jahren	73,20 Mk.
15-16 "	88,60 "
16-18 "	114,40 "
18-20 "	151,80 "
20-22 "	165,- "
22-24 "	175,- "
über 24 Jahre	195,- "

Verheiratete Hilfsarbeiter erhalten:

im Alter von 20-22 Jahren	177,- Mk.
22-24 "	17,- "
über 24 Jahre	207,85 "

Die für Arbeiterinnen vereinbarten Lohnsätze sind folgende:

	ausge- z. zimen	an Prü- gen beschäftigte
14-15 Jahre 1. Halbjahr	57,70 Mk.	
14-15 " 2.	61,-	
geübte über 15 Jahre	70,-	74,80 Mk.
15-16 Jahre 1. Halbjahr	65,50	67,90
15-16 " 2.	68,80	71,20
geübte über 16 Jahre	87,20	89,60
16-17 Jahre 1. Halbjahr	83,40	85,80
16-17 " 2.	86,70	89,10
geübte über 17 Jahre	102,10	106,90
über 17 Jahre 1. Halbjahr	90,10	92,50
17 " 2.	98,40	98,20
geübte über 18 Jahre	110,-	114,80
über 18 Jahre 1. Halbjahr	100,-	102,40
18 " 2.	103,30	105,70
geübte über 19-21 Jahre	114,30	119,10
geübte über 21-24 Jahre	114,00	117,20
24 Jahre	122,25	130,57

Diese Lohnregelung, die der Detmolder Kollegenschaft nennenswerte Vorteile bringt, war nur möglich infolge der guten Organisation der Kollegenschaft am Orte. Möge dieser Erfolg dazu dienen, den guten Geist in der Kollegenschaft wach zu erhalten.

Ellenberg. Am 12. Februar konnte die hiesige Zahlstelle ihr 25. Stiftungsfest feiern. Eine gut vorbereitete Feier, bestehend aus Konzert, Festrede und darauffolgendem Ball, wurde im „Schützenhaus“ abgehalten. In der Festrede gab Bezirksleiter Wächner-Beitzig einen Rückblick der Zahlstelle. Er dachte auch an die im Weltkriege gefallenen Kollegen, welche alle mit an dem Aufbau geholfen hatten, und überbrachte zugleich die Glückwünsche vom Verbandsvorstand. Einige Kollegen und Kolleginnen der Zahlstellen Jeth, Gera und Roda sowie der Vorstand vom hiesigen Gewerkschaftskartell waren als Gäste anwesend, sie überbrachten die Glückwünsche aller. Ein Frühlingsfest im Veranlassungslokal gab dem Feste ein Ende. Hoffen wir, daß auch alle künftigen Veranstaltungen so gut besucht werden wie dieses Stiftungsfest.

Gau 11/13. Der zwischen dem Verband mittel- und süddeutscher Papierwarenfabrikanten und dem Verband der Buchbinder und Papierwarenverarbeiter, Gau 11/13, Frankfurt a. M., am 30. April 1920 abgeschlossene Tarifvertrag nebst Lohnstarif und den Nachträgen I vom 1. August 1920, II vom 1. Oktober 1920 und III vom 10. Dezember 1920 zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Lüten- und Beutelfabriken ist für diesen Berufskreis für folgendes Gebiet gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) für allgemein verbindlich erklärt worden: Baden, Hessen, Pfalz, Birmensfeld, Waldeck, Provinz Hessen-Nassau einschl. des Kreises Wehlar, Rheinprovinz südlich der Linie Saarburg-Jerpe-Hermesfeld-Simmern-Langenlonsheim-Nahe und Bayern westlich der Strecke Wertheim-Lohr-Gemünden-Jossa. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. Januar 1921.

Göttingen. Am 11. Februar fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in der Gauleiter Kornader über die am gleichen Tage stattgefundenen Lohnverhandlungen bei den Firmen Ernst Mehle und Lange berichtete. Während alle anderen Firmen am Ort anstandslos die neu vereinbarten Lohnhöhen des Reichstarifs bezahlten, glauben diese beiden Firmen die neue Befestigung nicht tragen zu können. In der Versammlung kam einstimmig zum Ausdruck, daß man unter keinen Umständen eine Durchbrechung des Reichstarifs zulassen wolle. Gauleitung und Ortsverwaltung wurden beauftragt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Durchführung des Lohnabkommens herbeizuführen. Kornader ver-

urteilte dann das Verhalten der Kollegen bei der Firma Lange, die sich mit der Hälfte der im Oktober vereinbarten monatlichen Beihilfen hätten abfinden lassen. So etwas dürfe es nicht geben. Wenn einmal zentrale Vereinbarungen getroffen seien, hätten die Kollegen die unbedingte Pflicht, die ihnen zustehenden Löhne auch in Anspruch zu nehmen. Ferner teilte Kornader mit, daß nunmehr auch der Reichstarif mit den Buchdruckerbeihilfen vereinbart worden sei. In Göttingen habe man erfreulicherweise mit den Buchdruckerbeihilfen keine Schwierigkeiten gehabt, da hier entweder die Buchdruckerlöhne oder nach dem Reichstarif für Buchbindereien bezahlt worden sei.

Güterloh. In der jüngsten Sektion unserer Bezugszahlstelle ist erfreulicherweise ein reges Verbandsleben zu verzeichnen. Zu einer am 7. Februar einberufenen Versammlung waren alle Mitglieder erschienen, sie folgten aufmerksam den Worten des Kollegen Hof-Bielefeld. Dieser sprach eingehend die wirtschaftliche Lage im Kartonnagengewerbe und besonders den letzten gefällten Schiedsspruch über das Lohnabkommen. Die Anwesenden waren mit diesem nicht zufrieden. Immerhin wurde von den Anwesenden freudigst anerkannt, daß sie hier in Gütersloh durch die Organisation schon gute Erfolge errungen hätten. Wir sind einiger als je zuvor, das Klagen aus allen Ausführenden hervor. Kollegen, Kolleginnen, sorgt dafür, daß es so bleibt, denn nur Einigkeit und Geschlossenheit führt auch für die Zukunft zum Ziele, denn auch dieser famos Schiedsspruch geht einmal seinem Ende entgegen.

Krefeld. Eine am 8. Februar stattgefundene Versammlung nahm zu dem Bericht der Lohnkommission über das neue Lohnabkommen mit den Arbeitgeber Stellung. Nach dem Bericht des Branchenleiters Fischer war das Ergebnis der Verhandlungen Anerkennung der Zuschläge zum Reichstarif und außerdem 25 Proz. lokaler Zuschlag zum Reichstarif bis zum 31. Juni 1921. Sollte Krefeld in eine höhere Ortsklasse eingereiht werden, dann werden die 25 Prozent in Anrechnung gebracht. Diese Vereinbarung soll nun in allen Betrieben einheitlich durchgeführt werden. Den Kartonnagern wurden die Zuschläge nach dem Leipziger Schiedsspruch anstandslos ausgezahlt.

Im weiteren Verlauf der Versammlung erstattete Duncker den Kartellbericht in ausführlicher Weise. Als weiterer Kartelldelegierter wurde Fischer einstimmig gewählt. Unter Verschiedenem wurde dann über die Verhältnisse in den Kartonnagenbetrieben berichtet und beschloffen, Werksbetriebsveranstaltungen zur Hebung der Agitation abzuhalten. An durchreisende ausgeteuerte Kollegen wurden 5 Mk. Unterstützung bewilligt.

Lohr. Aufregende und ernste Tage waren es, welche die Lohrer Kollegenschaft der Gluis- und Kartonnagenbranche hinter sich hat. Da die zentralen Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen zum Reichstarif sich zerfallen hatten, war auch hier damit zu rechnen, daß, falls sich die Arbeitgeber nicht zu irdlichen Verhandlungen und Zugeständnissen bereitfinden ließen, mit den schwersten Differenzen zu rechnen war. In einer überfüllten Versammlung im Eber-Rind am 2. Februar erstattete Kollege Dürr Bericht von den Verhandlungen in Berlin. Ernst und entschlossen, wie es die Stunde erforderte, traten alle Kollegen für die Forderungen auf Verbesserung der Lebenshaltung ein. Konnte doch an der Hand einer Statistik, die der Ortsauschuss des Gewerkschaftsbundes gemacht hatte, die unzulängliche Entlohnung der Kollegenschaft nachgewiesen werden. Inzwischen hatte das Oberschiedsgericht ein Urteil gefällt, welches einen Teil der Kollegenschaft Aufbesserungen bringen sollte. Die Versammlung wollte jedoch diese Zugeständnisse allen Kollegen und Kolleginnen bewilligt wissen, und außerdem sollte einmal die 4. Ortsklasse hier restlos anerkannt werden. Die Verhandlungen, die anderen Tags mit der Arbeitgeber-Vereinigung aufgenommen wurden, zeigten, daß die Arbeitgeber auch hier die Zulagen nicht voll einbüßen wollten; sollten doch etwa drei Viertel der Kollegenschaft ausgeschaltet werden. Die Kommission sah sich deshalb genötigt, eine weitere Versammlung auf den 4. Februar einzuberufen, um der Kollegenschaft die letzte Entscheidung zu überlassen. Am gleichen Tage fanden vorher nochmals Verhandlungen mit den Arbeitgebern statt, die, wenn sie uns auch nicht befriedigten (so konnte die Anerkennung der 4. Ortsklasse leider nicht erreicht werden), doch insofern zu einem Abkommen führte, als die Zulagen nach dem Oberschiedsgericht nunmehr für alle Kollegen und Kolleginnen zur Anwendung kommen. In der Versammlung am Abend, die wieder abendlich besucht war, kam so recht der Wille zum Ausdruck, wie diesmal so auch immer einig und geschlossen zu handeln. Nur in der Geschlossenheit und Schlagkraft des Verbandes liegt unsere Zukunft.

Mühlhausen i. Th. Am 2. Februar fand hier eine außerordentlich gut besuchte Branchenversammlung statt, die sich mit dem neuen Lohnabkommen

befasste. Nachdem der Vorsitzende Bauer das neue Lohnabkommen verlesen, brach ein Sturm allgemeiner Entrüstung los. Die Kollegenschaft hatte sich von diesem Abkommen mehr versprochen, besonders da die unteren Jahresklassen das letztmal gar nichts bekommen haben und die übrige Kollegenschaft so kläglich abgeseigt wurde. Es wurden Anträge gestellt, daß man bei neuen Lohnabkommen durch eine Urabstimmung durch die Mitglieder die Annahme bestätigen lassen sollte. Wenn man das verlorene Jahr im Geiste vorüberziehen läßt, dann wird es manchem noch in Erinnerung stehen mit seinen Preisen für Lebensmittel. Auch das kommende Jahr wird keinen Preisabbau bringen. Ferner wurde der Antrag gestellt und einstimmig angenommen unsere Zahlstelle in Ortsklasse IV einzureihen, da unsere Stadt im Lebensunterhalt unserer Nachbarzahlstelle gleichsteht und diese in Ortsklasse IV eingereiht ist. Mit einem Aufruf des Vorsitzenden, auch fernerhin die Versammlungen gut zu besuchen und ein gutes Zusammenhalten der Kollegen und Kolleginnen zu pflegen, wurde die Versammlung geschlossen.

Potsdam-Nowawes. In der am 3. Februar tagenden Generalversammlung gab der 1. Vorsitzende Henning den Jahresbericht. Den heutigen Stand des Wirtschaftslebens behandelte er eingehend. Dank des festen Zusammenhaltens der Kollegen ist es unserer Zahlstelle gelungen, in Druckereien für Buchbinder den Lohn des Buchdruckerbeihilfsarbeitertarifs zu erreichen. Für Kleinbetriebe erfolgt die Entlohnung nach dem Reichstarif. Infolge Auflösung der Firma Imberg und Besson haben wir einen Rückgang in der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Trotzdem zählt unsere Zahlstelle immerhin noch 69 Mitglieder, davon 18 männliche und 51 weibliche. Einen bedauerlichen Verlust erlitten wir noch durch Ausscheiden der Kollegen Henning (1. Vorsitzender) und Arnold (Kassierer) aus unserer Zahlstelle. Die von der Versammlung einstimmig neugewählte Ortsverwaltung legt sich zusammen aus dem 1. Vorsitzenden Sieg, 2. Vorsitzenden Greese, Kassierer Michael und Schriftführer Schröder. Unter „Verschiedenes“ wurde die Besetzungsbefugnis in den Gewerkschaften eingehend behandelt und es kam folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die am 2. Februar stattgefundene Versammlung der Zahlstelle Potsdam-Nowawes stellt sich mit größtem Nachdruck auf den Boden der zweiten Gewerkschaftsinternationale. Sie lehnt in der Austerbacher Gewerkschaftsinternationale die internationale Interessenvertretung des organisierten Proletariats ab.“

Sie lehnen die sogenannte dritte Internationale in Moskau ab, weil dieselbe bisher nicht im Interesse des Proletariats gewirkt, sondern durch die Vereinhaltung der Arbeiterkraft nur die Interessen des Unterwuchertums gefördert hat.

Die Versammelten verpflichten sich, dafür einzutreten, daß die Organisation nicht ein Zusammenhaken der „Becken“ der Moskauer Diktatoren werde. Sie treten voll und ganz für die Geschlossenheit und Einheit der Organisation ein.

Reutlingen. Unsere Generalversammlung fand am 11. Februar statt. Röhm gab den Geschäftsbericht, Schmiech den Kassenbericht vom vergangenen Jahr. Röhm streifte die Lohn- bzw. Tarifbewegungen und gab an Hand örtlich geführter Verhandlungen kund, wie schwer es ist, mit unsern Arbeitgebern, die dem Reichsverband der Buchbindereien angehören, das zu erreichen, was andere gleichartige Betriebe schon seit einem Jahr durchgesetzt haben. Die einzelnen Tarifabschlüsse brachten der Kollegenschaft nicht das, was sie zum notwendigen Lebensanfein gebraucht. Es muß auch endlich von Arbeitgeberseite anerkannt werden, daß die Feuerungsverhältnisse von Groß- und Kleinstädten keinen wesentlichen Unterschied mehr aufweisen. Schmiech schilderte die Arbeitslosigkeit, die auch in unserer Zahlstelle infolge des schlechten Geschäftsganges große Wüden gerissen hat. Der Mitgliederstand ist von 315 auf 286 gesunken. Die Kollegenschaft nahm mit Genugtuung die beiden Berichte entgegen.

Eine Reihe Anträge zur Revision des Reichstarifs lagen zur Debatte vor, die alle dahingehend gerichtet sind, endlich dem graphischen Industrieverband näherzutreten zu können. Dem Tarifauschuss wurde nahegelegt, die Anträge in diesem Sinne zu berücksichtigen.

Eine heftige Debatte entspann sich unter der Kollegenschaft der Firma Enghin u. Laibin betr. Einführung des Reichsforttarifs. Gauleiter Henning, der in dieser Sache hinzugezogen ist, soll in den nächsten Tagen mit der Firma in dieser Angelegenheit verhandeln.

Die Wahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Röhm, 2. Vorsitzender Schnell, Kassierer Miedeke, Schriftführer Waier, Revisoren Braun und Rehm, Kartelldelegierter Wolf und Schmiech, Graphisches Kartell Wolf und Meßling. Zur Verein-

fachung der Geschäfte hält die Verwaltung jeden Freitag, abends von 1/2 bis 1/27 Uhr, eine Sprechstunde im Lokal „Zum Waldhorn“ ab, in der Unterstufungen ausbezahlt sowie Auskünfte in Organisations- und Lohnfragen erteilt werden.

Kollegin Eger wies noch eingehend auf die Notwendigkeit hin, daß auch die Kollegenschaft in Zukunft sich mehr um die Invaliden- und Krankenversicherung kümmern sollte. Zum Schluß richtete Röhm an die Versammlung die dringende Mahnung, treu und unentwegt zur Organisation zu stehen, da es nur durch Einigkeit und Geschlossenheit möglich ist, unsere Rechte zu erkämpfen.

Saarbrücken. Seit dem 7. Februar steht im ganzen Saargebiet das gesamte graphische Gewerbe im Streik. Unsere Kollegen und Kolleginnen sind in diese Bewegung mit hineingezogen worden. Die Ursache des Streiks liegt in der hier herrschenden, das übrige Deutschland weit überragenden Teuerung. Obwohl in den übrigen Berufen durchweg höhere Löhne bestehen, weigern sich unsere Unternehmer, diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Ein von der Saarregierung auf Antrag der Unternehmer gefällter Schiedsspruch wurde zwar von deren Vertretern angenommen, jedoch nachträglich von der allgemeinen Versammlung der Unternehmer wieder abgelehnt.

Wir bitten alle Kollegen und Kolleginnen, uns in unserem Kampfe zu unterstützen und den Zugang nach dem Saargebiet streng fernzuhalten.

Trossingen. Am Sonntag, den 6. Februar fand unsere Jahresgeneralversammlung statt, die verhältnismäßig gut besucht war. Von auswärts waren aus Altdingen, Lathem und Schweningen Mitglieder erschienen. Den Geschäftsbericht gab Huber-Winter. Danach nahmen die meiste Zeit die so notwendigen Lohnbewegungen in Anspruch. An Lohnbewegungen waren die 2 Teuerungszulagenbewegungen zu verzeichnen. Sodann gab die Einführung der Reichstafel viel Arbeit und außerdem war der Streik wegen Nichtanerkennung des Reichstarifs bei den Firmen Hohner, Birk-Koch und A. Koch, der mit einem Vergleich endigte. An Agitation wurden in verschiedenen Orten Versammlungen und Besprechungen abgehalten, die alle von Erfolg waren. Außer diesen Arbeiten waren verschiedene Lohnunterschiede zu regeln, die zum Teil durch Schlichtungsausschüsse erledigt werden mußten und zu unserm Gunsten entschieden wurden. Einige Unternehmer im Bezirk können sich noch immer nicht an die strikte Einhaltung der abgeschlossenen Tarife gewöhnen. Die Mitgliederzahl hat gegen den Jahresanfang um 16 männliche und 134 weibliche zugenommen und betrug am Jahreschluß zusammen 911 Mitglieder. Der höchste Stand war im Jahr 1920 = 1010 Mitglieder, und ist der Abgang auf die Schließung von 2 Betrieben und einen starken Berufswechsel während der Krise zurückzuführen. Dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß die Lokalfasse mit 17 163,88 Mk. in Einnahme und Ausgabe bilanzierte. An den Bericht schloß sich eine kurze Debatte, und wurde dem Geschäftsführer einstimmig Entlastung erteilt. Bei den nun folgenden Neuwahlen wurden gewählt: 1. Vorsitzender Huber-Winter, 2. Vorsitzender Chr. Goh-Schneiders, Schriftführer Strom, Beisitzer Emma Birt, Beria Reger, Weiger und Chr. Irion, als Revisoren Burgbacher und Strobel, Kartellbeauftragte Huber-Winter, Schweizer, Strom, Kammerer und Emil Weidinger. Hierauf wurden die erhöhten Sätze der Reichstarife beschuldigt und mitgeteilt, daß die Betriebsratsmitglieder noch eine Aufstellung der Februar- und Märzlöhne erhalten. Es muß überall auf Einhaltung gesehen werden und sind Unregelmäßigkeiten zu melden. Ferner wurde beschlossen, daß die Untertassierer von der Generalversammlung zu bestätigen sind. Sodann wurde darauf hingewiesen, daß jeden 1. Samstag im Monat in der „Rose“ unsere Mitgliederversammlung stattfindet, und ist es Pflicht, für guten Besuch zu agitieren.

Wanfried. In unserer am 3. Februar stattgefundenen, sehr gut besuchten Mitgliederversammlung berichtete Gauweiler Kornacker über die neuen Lohnvereinbarungen, die mit der Firma Israel getroffen seien. Rehner meinte, daß man der Firma für ihr weitgehendes Entgegenkommen Anerkennung zollen könne. Die neuen Lohnsätze betragen ab 8. Februar: für männliche Arbeiter von 14 bis 15 Jahren 55 Mk., von 15 bis 16 Jahren 70 Mk., von 16 bis 18 Jahren 90 Mk., von 18 bis 21 Jahren 115 Mk., von 21 bis 24 Jahren 147 Mk., für ledige über 24 Jahre 200 Mk., für verheiratete über 24 Jahre 223 Mk.; für Arbeiterinnen von 14 bis 15 Jahren 50 Mk., von 15 bis 16 Jahren 65 Mk., von 16 bis 19 Jahren 84 Mk., von 19 bis 21 Jahren 96 Mk., für ledige über 21 Jahre 110 Mk., für verheiratete über 21 Jahre 116 Mk. Die Versammlung erklärte sich mit dieser Lohnregelung einverstanden. Am weiteren berichtete Kornacker über die letzten überaus schwierigen Lohnverhandlungen zu den Reichstarifen für Buchbindereien

und die Kartonnagenindustrie. Die Zeiten seien sehr ernst und demzufolge der feste Zusammenschluß und die Einigkeit in der Organisation eine unbedingte Notwendigkeit. Er hoffe, daß der gute Geist gewerkschaftlicher Zusammengehörigkeit, der sich hier in Wanfried zeige, auch für alle Zukunft die Kollegenschaft befehlen möge.

Der Vorsitzende des schwedischen Buchbinderverbandes, **Albin Weidenhann** ist am 29. Januar im Alter von 50 Jahren gestorben. Vor mehr als einem Jahr wurde er vom Schlag gerührt, wovon er sich nicht ganz erholte; ein neuer Schlaganfall machte seinem Leben ein Ende. Mit Weidenhann ist einer der besten Männer des schwedischen Buchbinderverbandes dahingegangen. Von seiner frühesten Jugend an hat er an der Organisationsarbeit teilgenommen und seit 1901 war er Mitglied des Verbandsvorstandes. Weidenhanns außerordentliche agitatorische Begabung kam besonders nach dem 1909 verloren gegangenen Generalstreik zum Ausdruck. Bei dieser Gelegenheit war die Mitgliederzahl des schwedischen Verbandes auf 496 zurückgegangen. Weidenhann aber und andere verdienstvolle und uneigennütige Männer richteten den Verband wieder auf. Am Zusammenarbeiten der skandinavischen Länder beteiligte sich Weidenhann lebhaft und war ein eifriger Teilnehmer unserer Kongresse. Er war im Vorstand der gewerkschaftlichen Landesorganisation und seit einigen Jahren im Kommunal- und Parteivorstand. Er war ein hervorragender Versammlungsredner und hat ganz Schweden bereist. Er sagte nie nein, wenn es galt, eine Arbeit für seine Fach- und Parteigenossen zu verrichten. Sein heller Geist und glänzender Humor half ihm über alle Schwierigkeiten hinweg. Wir wollen sein Andenken als treuen Freund und guten Kameraden in Ehren halten.

Adressenänderungen.
P.: Bevollmächtigter. K.: Kassierer.
Danzig. B.: A. Gerahdt, Danzig-Langa, Hintere-gasse 3; K.: A. Waterne, Köfkegasse 6.
Düren. B.: J. Schäfer, Weberstr. 35; K.: J. Förster, Jostestr. 28 I.
Essen. B.: J. Ippard, Friedrichshof 9; K.: A. Defouge, Blücherstr. 21; U.: E. Hehner, Beuststr. 31.
Ohligs. B.: W. Bracht, Falkenstr. 8; K.: W. Conrad, Rathausstr. 44 („Ohliger Anzeiger“).
Osnabrück. B.: W. Springüb, Schintelfstr. 6 I; K.: J. Heuer, Jägerstr. 52.
Reutlingen. B.: D. Röhm, Katharinenstr. 28 III; K.: Gust. Richele, Nisbachstr. 21.
Saarbrücken. B.: W. Zielinski, Saarbrücken 1, Hohenzollernstr. 32; K.: F. Drafe, Saarbrücken 3, Schmidterstr. 12.
Zeitz. B.: K. Gerold, Ludwig-Lange-Str. 1; K.: O. Kochproh, Bismarckstr. 21 II.

Abrechnungen
vom 4. Quartal 1920 gingen weiter bis zum 21. Februar bei der Verbandskasse ein von:
Köslin 328,20 Mk., Danzig 989,60 Mk., Erfurt 4000,— Mk., Greiz 537,93 Mk., Aachen 4000,— Mk., Bonn 2500,— Mk., Dortmund 4000,— Mk., Düren 3900,— Mk., Koblenz 2326,31 Mk., Darmstadt 4500,— Mk., Heidelberg 2097,80 Mk., Zwickau 4000,— Mk., Kirchheim-Teck 2000,— Mk., Ulm 457,60 Mk., Gau 16 1000,— Mk., Nürnberg-Fürth 12 500,— Mk., Regensburg 727,78 Mk.
Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von Reudamm, Gau 2, Delfau, Torgau, Gera, Halle an der Saale, Schmal-tal den, Iserlohn, Mülheim-Kaubr, W. Gladbach, Solingen, Gau 11/13, Hanau, Marburg, Pirmasens, Freiberg i. S., Glauchau, Grimma, Straubing.
Wir ersuchen die Verwaltungen dieser Zahlstellen dringend, dafür besorgt zu sein, daß die Abrechnungen nun schnellstens eingekandt werden. Die Gau- und Bezirksleiter sind verpflichtet, auf die säumigen Zahlstellen ihres Bezirks einzuwirken, daß diese sofort ihrer Verpflichtung nachkommen.
Fr. Lender.

Literarisches.
Eingehung und Lösung von Arbeitsverträgen — Zulässigkeit von Betriebsabbrüchen und Betriebsstilllegungen. Textausgabe mit Einleitung, Erläuterungen und Sachregister herausgegeben von Dr. W. v. Rarger und Dr. W. Leist, Rechtsanwälte in Berlin. 12. Band von Eisners Betriebsbücherei. 1921. Otto Eisner Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin S. 42. 173 Seiten. Preis gebunden 17 Mk. und 10 Proz. Sortimentzuschlag.
Leo's Buchbinder-Taschenkalender 1921. Verlag des Allgemeinen Anzeigers für Buchbindereien, Stuttgart. Preis 4,40 Mk. Der in seinem 32. Jahrgang neu vorliegende Buchbinder-Taschenkalender steht im Zeichen des zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden des Buchbinderwerkes und verwandten Berufszweigen abgeschlossenen Reichstarifvertrags. Auch der Tarif zur Berechnung hauptsächlich vorkommender Buchbindearbeiten (Kundenarbeiten), bei dem man sich allerdings hinsichtlich der festgesetzten Preise mit einem einheitlichen Teuerungszuschlag von 150 Proz. befehlen muß, wird in bewährter Weise gute Dienste leisten. Brauchbare Fingerzeige bieten wie alljährlich die Rezepte und Fachartikel.
Technik und Wirtschaftsweisen im Bäder- und Konditorgewerbe und in der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie. Bezugspreis je Heft 1,50 Mark. Monatlich ein Heft. Verlag: Zentralverband der Bäcker und Konditoren Deutschlands, Hamburg 1, Befenbindehof 57. Diese Hefte sollen der Arbeiterschaft der betreffenden Gewerbe und Industrien ein Mittel zur Weiterbildung im Berufe und zur Erfassung aller für sie in Betracht kommenden Produktions- und Wirtschaftsfragen sein.

Anzeigen
Ortskrankenkasse der Buchbinder u. verwandter Gewerbe zu Berlin.
Rekannmachung.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 1. März 1921 die freie Arztwahl in Kraft tritt und die Mitglieder unserer Kasse sich nur an die Verträge zur Behandlung zu wenden haben, welche durch das Schild „Freie Arztwahl“ kenntlich gemacht sind. Unerkennbare Verträge gelangen nach Fertigstellung z. Ausgabe.
Der Vorstand
gez. Gottesmann, Vorsitzend.,
gez. Krefe, Schriftführer.
Beschneidemeser
Schmittle 80 cm, System Strauß, essent. gebraucht, gut erhalten, verlangen
Gaus Wäuer & Co.,
Berlin, Köpenicker Str. 152
Tüchtiger Buchbinder
sowie ein
zuverlässig Einleiter
(Buchbinder)
in dauernder Stellung v. gutem Lohn sofort gesucht.
Münsterische Buchdruckerel u. Verlagsanstalt, G.m.b.H.
Abt. Geschäftsbücherei
Müller I. Weiff.
Buchbinder-Einrichtung.
Insbesondere Papierschneidemaschine, Handbuchdruckpresse und sonstiges Werkzeug aus einem Kasse in Schiedsgerichtsverkauf
H. Nissen,
Charlottenburg 5, Perbatstr. 10

Verwaltungsstelle Berlin.
Kollegin als Stenotypistin gesucht.
Kolleginnen, welche perfekt Stenographie und Schreibmaschine beherrschen, werden gebeten, sich umgehend schriftlich oder persönlich bei der Verwaltungsstelle Berlin, Engelauer 15 II, Zimmer 39/41, zu bewerben.
Ortsverwaltung.

la reine Lederleimgallerie
ca. 50 Proz. Teuerungsgewinn
böllig geruchlos, liefert anheim preiswert
Chem. Fabrik Otto Schulz, Brandis, Bez. Leipzig.

Reichs-Akkordlohnvertrag pro Stück 4,— Mk. incl. Porto
Reichstarifvertrag für das Buchbindergewerbe v. Stk. 1,50 Mk. incl. Porto
Reichstarifvertrag f. d. Eisn- u. Kartonnagenindustrie pro Stück 1,— Mk. inklusive Porto mit allen dazu gehörenden Nachträgen
Sinzelne Nachträge zum Reichstarifvertrag für das Buchbindergewerbe H. Nachtrag 30 Pfennig — III. Nachtrag 20 Pfennig erhalten die Mitglieder durch die Gau- u. Ortsverwaltungen